



(c) Michael Krömer

Update aus Berlin

September 2023 (II)

**SCHIENE,
KRANKENHÄUSER,
KOMMUNEN:**

**WICHTIGE VORHABEN
AUF DEN WEG
GEBRACHT**



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ein Thema, das uns beschäftigt und weiter beschäftigen wird, ist das Thema **Migration**. Die Situation an den EU-Grenzen zeigt, dass wir eine europäische Lösung brauchen. Nicht zuletzt verpflichtet das Gedenken an den 150. Geburtstag von Otto Wels am 15. September, uns als Bollwerk gegen die Feinde unserer Demokratie entgegenzustellen. Für uns gilt: Man bildet keine Mehrheiten mit Extremist:innen. Es braucht den demokratischen Konsens, mit rechtsextremen, anti-demokratischen Kräften nicht zusammenzuarbeiten – das gilt für uns als SPD immer und auf allen Ebenen. CDU und CSU haben sich von diesem Konsens verabschiedet. Das von ihnen vorgeschobene Argument, man helfe so Menschen, Wohneigentum zu erwerben, ist blanker Hohn. Niemanden ist damit geholfen, Rechtsextremen Stück für Stück zur Macht zu verhelfen.

Noch im vergangenen Jahr haben viele Beobachter:innen mit einer tiefen Rezession gerechnet. Heute wissen wir: Deutschland ist besser durch die Krisen gekommen als gedacht. Wir sind nicht der „kranke Mann Europas“, wie die CDU behauptet. Im Gegenteil: Bei allen offensichtlichen Herausforderungen haben wir immer wieder gezeigt, dass wir gemeinsam auch große Krisen bewältigen können. Der Deutschlandpakt von Olaf Scholz, den er Ländern, Kommunen und der demokratischen Opposition vorgeschlagen hat, knüpft genau hier an: Um die Herausforderungen durch Klimaschutz, Transformation und die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine zu bewältigen, vor denen unser Land gegenwärtig steht, braucht es eine nationale Kraftanstrengung.

Wir haben gezeigt: Die Ampel funktioniert und liefert – das belegt auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zur Halbzeitbilanz der Bundesregierung: Etwa zwei Drittel des Koalitionsvertrags der Ampel sind bereits ganz oder teilweise umgesetzt – und das nach nur knapp zwei Jahren Regierungszeit. [Hier findet Ihr eine Zusammenfassung und die komplette Studie zum Download.](#)

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,
Euer



Inhalt

Die Umfrage. >>> Bund investiert in die Modernisierung der Schiene. >>> Für mehr Transparenz und Qualität in Krankenhäusern. >>> Podiumsdiskussion zur Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Die Zustimmungswerte zur AfD und zu rechten Position steigen in vielen Teilen unseres Landes immer weiter. Am Samstag sprechen wir deshalb mit Elisabeth Kaiser in Beckum über mehr Engagement für die Demokratie und gegen das rechte Spektrum. Aber wer muss dieses Engagement denn nun eigentlich aufbringen?



- » Bürgerinnen und Bürger sind selbst verantwortlich - wir müssen alle jeden Tag entschlossen gegen Hass und Hetze aufstehen und die Stimme erheben.
- » Die hohen Zustimmungswerte zu rechten Tendenzen sind größtenteils durch die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik zu begründen. Die Parteien der Mitte müssen deshalb liefern.
- » Es sind alle gefragt - Parteien, Institutionen, Bildungseinrichtungen und die Gesellschaft selbst.

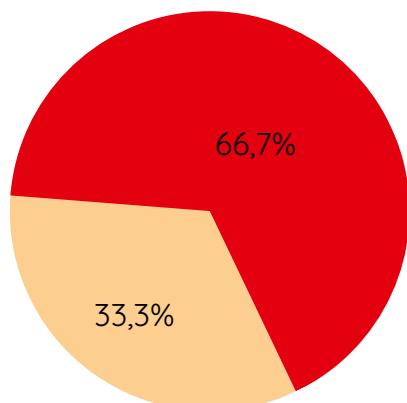
Hier könnt Ihr online abstimmen!



Letzte Umfrage:

Bayerns Ministerpräsident Söder belässt seinen Stellvertreter Aiwanger trotz der Affäre um ein antisemitisches Flugblatt im Amt. Hältst du das für korrekt?

So habt Ihr abgestimmt:



■ Markus Söder hätte Aiwanger entlassen sollen. Die Entscheidung von Söder ist ein fatales Signal und Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die NS-Zeit und Antisemitismus verharmlosen.

■ Alle Gründe für eine mögliche Entlassung von Aiwanger sind ausgeräumt worden. Aiwanger kann auf der Regierungsbank bleiben.

Eine Stimme aus der Umfrage: "Ich halte die Entscheidung Söders für falsch, weil es ein Hinweis darauf ist, das Aiwanger bei nächster Gelegenheit Söder erpressen kann. Die Auswirkungen auf die Landtagswahl werden die CSU massiv treffen. Wie will Söder das vor seinen Wählerinnen und Wählern rechtfertigen?"

Bund investiert in die Modernisierung der Schiene.



Eine moderne, besser ausgebaute Eisenbahninfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für energieeffizienten Verkehr und somit auch wesentlicher Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele. Das Bundeschienenwegeausbaugesetz (BSWAG) ist die rechtliche Grundlage für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. In der Vergangenheit hat es sich in seiner bisherigen Ausgestaltung zunehmend als ein Investitionshemmnis erwiesen.

Daher schlägt die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf Änderungen vor, um dieses Hemmnis zu beseitigen. Mit der Schaffung zusätzlicher Finanzierungsoptionen im BSWAG sollen höhere und zügigere Investitionen in die Schiene ermöglicht werden, u.a. auch für die ab dem kommenden Jahr geplanten Korridorsanierungen. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit der Eisenbahninfrastruktur zu steigern, um das wachsende Personen- und Güterverkehrsaufkommen bewältigen zu können.

Konkret können Kosten für einmalig anfallenden Aufwand übernommen werden, außerdem für Unter- und Instandhaltung, Baumaßnahmen aufgrund rechtlicher Auflagen wie etwa Denkmalschutz, für IT-Leistungen, für nachhaltige oder erweiterte Ersatzinvestitionen (wie das Anpassen von Bahnsteigen) sowie für Folgekosten von Investitionsprogrammen für Barrierefreiheit und Lärmsanierung. Dies stellt auch eine wichtige Grundlage für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Errichtung einer gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte dar. So kann der Bund in die Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur künftig mehrere Milliarden Euro zusätzlich investieren. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Für mehr Transparenz und bessere Qualität in Krankenhäusern.

In welcher Klinik werden welche Leistungen angeboten? Wie gut ist die jeweilige Einrichtung personell ausgestattet? Und wo können Patient:innen die beste Behandlung erwarten? Diese und weitere Fragen wird ein interaktiver Krankenhaus-Atlas beantworten, der im nächsten Jahr online gehen soll. Er soll insbesondere für mehr Transparenz und bessere Qualität sorgen und als Informations- und Entscheidungsgrundlage bei der



Wahl eines Krankenhauses dienen. In dieser Woche bringen die Koalitionsfraktionen einen Entwurf für das Krankenhaustransparenzgesetz auf den Weg, mit dem ein solches Online-Register eingerichtet werden soll. Es ist der erste Baustein der geplanten umfassenden Krankenhausreform, die ab 2024 in Kraft tritt. Die Daten für das Online-Register werden größtenteils bereits erhoben und veröffentlicht, allerdings sind diese für die Allgemeinheit bisher wenig verständlich und nur schwer zugänglich.

Konkret soll das Transparenzverzeichnis folgende Informationen enthalten: Fallzahlen von Leistungen (also beispielsweise Knie-OPs), personelle Ausstattung, Komplikationsraten für ausgewählte Eingriffe sowie die vorläufige Zuordnung der einzelnen Standorte zu Versorgungsstufen (Level). Vorgesehen sind insgesamt drei Level mit unterschiedlichen Abstufungen – vom Basisversorger (Level 1n) über eine erweiterte Versorgung (Level 2) bis zur umfassenden Versorgung oder den Uni-Kliniken (Level 3 oder Level 3U). Fachkrankenhäuser und Krankenhäuser der Unfallversicherung (sogenannte BG-Kliniken) werden gesondert im Register ausgewiesen.

Zudem ist im Rahmen der Krankenhausreform geplant, bundeseinheitliche Qualitätskriterien für Krankenhausleistungen festzulegen, damit überall eine qualitativ hochwertige Versorgung gewährleistet wird.

Podiumsdiskussion zur Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB).

Am vergangenen Mittwoch habe ich an einer internationalen Podiumsdiskussion teilgenommen, die von der **Nichtregierungsorganisation Urgewald mit Sitz in Sassenberg, im Kreis Warendorf**, organisiert wurde. Diese Veranstaltung stand im Zeichen der AIIB, der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, und beleuchtete ihre Aktivitäten und Entwicklungen seit ihrer Gründung im Jahr 2016. Die ausrichtende Organisation Urgewald versteht sich seit über 30 Jahren als „Anwalt für Umwelt und Menschenrechte“ und kämpft für eine gerechtere und nachhaltigere Finanzwelt. Gegründet wurde sie 1992 von Heffa Schücking in Sassenberg, wo sich auch heute noch der Hauptsitz befindet.

Die AIIB hatte sich selbst als eine innovative und nachhaltige Alternative zur Weltbank positioniert. Die Podiumsdiskussion, die vor dem Hintergrund der AIIB-Jahreskonferenz in Sharm el-Sheikh, Ägypten, am 25. und 26. September 2023 sowie der Diskussionen im Finanzausschuss am 27. September stattfand, behandelte wichtige Fragen zur Nachhaltigkeit, Transparenz und Neuerungen bei von der AIIB finanzierten Projekten.

Die Veranstaltung wurde von **Michael Windfuhr** moderiert und begrüßte neben mir auch **Dr. Hermann-Josef Tebroke (CDU)**, **Deborah Düring (Bündnis 90/Die Grünen)** und **Till Mansmann (FDP)** als Podiumsteilnehmer.

Wir konnten auf dem Podium wichtige Fragen zur AIIB und ihrer Rolle in der internationalen Finanzwelt diskutieren. Anlass zur Diskussion gab es genug, denn die AIIB steht vielfach in der Kritik, unter anderem wegen mangelnder Einbindung der Zivilgesellschaft und unzureichender Transparenz bei Entscheidungsprozesse. Zudem investiert sie in große Infrastrukturprojekte mit schwerwiegenden Umwelt- und Sozialrisiken. Hinzukommen eine nicht ausreichende Klimaschutzstrategie und die Förderung fossiler Gaskraftwerke.





Diese Woche habe ich intensiv die der über die Lage in unseren Kommunen diskutiert: mit der SPD-Fraktion im Kreistag Rhein-Erft auf Einladung von **Dagmar Andres**, mit den jungen Bürgermeistern aus dem Saarland auf Einladung von **Emily Vontz** und mit dem Landrat und den Bürgermeistern aus dem Kreis Unna auf Einladung von **Oliver Kaczmarek**.

Die SPD bleibt der Anker für die Kommunen.

In der Pandemie haben wir dafür gesorgt, dass die Gewerbesteuerausfälle kompensiert wurden, auch jetzt stehen wir an der Seite der Kommunen. In der Klima- und Energiepolitik werden wir Städte und Gemeinden bei der Wärmeplanung unterstützen, der soziale Wohnungsbau wird massiv ausgeweitet, mit der Städtebauförderung und anderen Programmen helfen wir bei Investitionen und Lebensqualität vor Ort, die Krankenhausreform soll eine moderne, bedarfsorientierte Versorgung in Stadt und



Land sicherstellen, unsere Bildungspolitik schafft mehr Chancengleichheit. Ob Bürgergeld, Wohngeld, Rente oder Pflege: Wir haben die Interessen der Kommunen im Blick. Auch wenn es angesichts der Zeitenwende nicht leicht wird: Wir arbeiten mit den Kommunen auf Augenhöhe zusammen.

Vielen Dank für den guten Austausch!